

## Grundzüge und Funktionsweise des Pfändungsschutzkontos (sog. P-Konto)

von Bernd Jaquemoth\* und Dieter Zimmermann\*\*

\* Rechtsanwalt in Nürnberg, Vorstandsmitglied der BAG Schuldnerberatung e.V., Kassel  
\*\* Prof. für Recht am Fachbereich Sozialarbeit/Sozialpädagogik der EFH Darmstadt

Das Gesetz zur Reform des Kontopfändungsschutzes tritt am 01.07.2010 in Kraft (BGBl. 2009, 1707ff.).

Die Neuregelung zielt darauf ab,

- die materielle Existenz des Kontoinhabers und seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen (sowie des Partners/Stiefkindes als Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft) zu sichern,
- ein effektiveres Vollstreckungsverfahren zu gewährleisten,
- die Vollstreckungsgerichte bzw. Vollstreckungsstellen der öffentlichen Gläubiger zu entlasten sowie
- den Bearbeitungsaufwand der Kreditinstitute als Drittschuldner zu reduzieren. Die Banken/Sparkassen sollen veranlasst werden, ihre Selbstverpflichtung, ein Guthabenkonto für Jedermann zu führen, endlich flächendeckend einzulösen sowie auf Kontokündigungen aus Anlass von Kontopfändungen zu verzichten.

### 1. Umfang des Pfändungsschutzes auf dem P-Konto

Auf einem P-Konto ist **Guthaben** vom 01.07.2010 an nach folgenden Regeln geschützt:

- a) Der gesetzliche **Sockelfreibetrag von € 985,15** ist automatisch pfändungsfrei.
- b) Kreditinstitute berücksichtigen einen **aufgestockten Sockelbetrag**, sobald der Kontoinhaber durch eine Bescheinigung zusätzliche Freibeträge (maximal fünf) für gesetzliche Unterhaltspflichten bzw. für Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft, für die er SGB II- oder XII-Leistungen entgegen nimmt, nachweist. Der Freibetrag für die erste Person, der aufgrund Gesetzes Unterhalt gewährt wird oder für die der Schuldner/Kontoinhaber Leistungen nach SGB II oder XII entgegennimmt, beläuft sich derzeit auf 370,76 €. Für jede weitere Person kommen 206,56 € hinzu (gültig bis 30.06.2011).  
Zusätzlich zu bescheinigen sind: einmalige Sozialleistungen, wiederkehrende Sozialleistungen (die einen durch Körper- oder Gesundheitsschaden bedingten Mehraufwand ausgleichen), das Kindergeld sowie andere Sozial(geld)leistungen für Kinder (§ 850k Abs. 2, 5 ZPO-2010).

*In der Beratung sollte zusätzlich der individuell nach Pfändungstabelle pp. unpfändbare Betrag ermittelt werden. Ggf. sind Ratsuchende auf den individuellen Freigabeantrag nach § 850k Abs. 4 ZPO-2010 hinzuweisen (vgl. unten d).*

**Bescheinigungen** dürfen ausstellen: Arbeitgeber (z.B. mittels aussagekräftiger Lohnabrechnung; Familienkassen (durch Kindergeldbescheid); Sozialleistungsträger (insbesondere durch Sozialleistungsbescheid); geeignete Personen (Rechtsanwälte/Steuerberater) bzw. geeignete Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen i.S.v. § 305 Abs. 1 Nr. 1 InsO.

Die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) hat eine **Musterbescheinigung** vorbereitet, die mit dem Zentralen Kreditausschuss (ZKA) der deutschen Kreditwirtschaft und dem Bundesjustizministerium abgestimmt ist.

*Ein **zusätzliches Haftungsrisiko** besteht im **Verhältnis zu Klienten** nur, wenn Beratungsfehler unterlaufen (z.B. eine bestehende Unterhaltsverpflichtung ggü. dem unverheirateten Elternteil eines gemeinsamen Kleinkindes trotz Faktenkenntnis übersehen wird).*

*Eine **Haftung ggü. dem Pfändungsgläubiger** kommt nur bei vorsätzlich falscher Bescheinigung nach § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. §§ 263, 27 StGB (Beihilfe zum Betrug) in Betracht.*

*Viele anerkannte Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen führen schon jetzt Wartelisten!  
**Deshalb sind zusätzliche Finanzmittel von den Bundesländern unbedingt erforderlich!***

Hilfsweise muss das Vollstreckungsgericht (bzw. bei öffentlichen Gläubigern die Vollstreckungsstelle) die pfändungsfreien Beträge bestimmen (§ 850k Abs. 5 S. 4 ZPO-2010).

- c) Der Pfändungsschutz auf dem P-Konto ist unabhängig davon, wo das Guthaben herkommt! Insoweit sind künftig auch Selbstständige geschützt. (Der herkömmliche

Kontopfändungsschutz bezieht sich nur auf Arbeitseinkommen und Sozialleistungen.)

- d) Der Schuldner kann durch einen Antrag bei dem Vollstreckungsgericht (bzw. der Vollstreckungsstelle) den individuell nach Pfändungstabelle pp. pfändungsfreien Betrag festsetzen lassen (§ 850k Abs. 4 ZPO-2010). Diese Korrekturmöglichkeit gilt auch zugunsten des Gläubigers (z.B. um Unterhaltsberechtigte mit eigenen Einkünften ganz oder teilweise nach § 850c Abs. 4 ZPO herausnehmen zu lassen).
- e) Die Neuregelung des Kontopfändungsschutzes stellt nur noch auf den **Kalendermonat** ab; damit entfallen zeitanteilige Berechnungen.  
Verfügungen über Kontoguthaben, die vor der Zustellung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses (bzw. der Pfändungs- und Überweisungsverfügung) vorgenommen worden sind, haben keine Bedeutung. Auch bei einer Zustellung am Monatsende ist Guthaben in Höhe des vollen Monatsbetrags geschützt.
- f) Wird das pfändungsfreie Guthaben im laufenden Monat nicht verbraucht, ist der Rest auf den nächsten Kalendermonat zu übertragen. Damit wird das Ansparen einer **Rücklage möglich**, wobei der (aufgestockte) Sockelbetrag bzw. der von Vollstreckungsgericht/Vollstreckungsstelle individuell nach Pfändungstabelle pp. festgesetzte pfändungsfreie Einmal-Betrag die Obergrenze bildet.

## 2. Einrichtung eines P-Kontos

Für das neue Pfändungsschutzkonto gelten folgende Regelungen:

- a) Das P-Konto wird immer nur als **Einzelkonto** (möglichst im Guthaben) und nur für eine natürliche Person geführt. Jede Person darf nur ein P-Konto besitzen, was durch entsprechende Zusicherungen bei der Kontoeröffnung/-umwandlung und über korrespondierende SCHUFA-Eintragungen/-Anfragen gewährleistet wird.  
Einen effektiven Schutz vor Missbrauch eröffnet auch das Zugriffs-Wahlrecht für Gläubiger nach § 850k Abs. 9 ZPO-2010.
- b) Jeder Inhaber eines Einzel-Girokontos hat **Anspruch auf Umwandlung** in ein P-Konto. Ein Gemeinschaftskonto (meist „Oder-Konto“) ist in zwei Einzel-P-Konten umzuwandeln.

*Es gibt weiterhin keinen allgemeinen gesetzlichen Anspruch auf ein Girokonto!  
Auch bleibt die Kündigung des P-Kontos möglich.  
Der Gesetzgeber „erwartet“ allerdings, dass die Kreditinstitute ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und künftig jeder Mensch ein P-Konto erhält/behält (vgl. BT-Drucks. 16/12714, S. 20).*

- c) Der Umwandlungsanspruch besteht auch, wenn das Einzel-Konto bereits gepfändet sein sollte. Der P-Konto-Schutz gilt dann sogar „**rückwirkend**“, falls die Umwandlung innerhalb des auf vier Wochen ab Zustellungsdatum verlängerten Moratoriums nach § 835 Abs. 3 ZPO-2010 vollzogen ist.  
Das Kreditinstitut hat die Umwandlung bis zum **4. Geschäftstag** durchzuführen.
- d) P-Konten sollen ausschließlich im Guthaben geführt werden. Besteht bei der Umwandlung ein Sollstand, wird das Kreditinstitut auf die schrittweise Rückführung des Sollstandes drängen.

*Es steht zu befürchten, dass die Kreditinstitute den Auftrag, ein bestehendes Girokonto rein „prophylaktisch“ auf ein P-Konto umzustellen, als Zeichen schwindender Bonität auslegen, Dispositionskredite kündigen und Kreditkarten (auf die Kontoinhaber in vielen Bereichen angewiesen sind) verwehren/einziehen. Eigentlich sollten so viele „liquide“ Verbraucher wie möglich dazu veranlasst werden, ihr Konto in ein P-Konto umzuwandeln, um dem P-Konto zum Einen das Stigma zu nehmen und um zum Anderen Einfluss auf die Preisgestaltung zu erhalten. (Je mehr Verbraucher ein P-Konto wollen, die ein solches eigentlich nicht brauchen, desto verbraucherfreundlicher müssen die Preise sein).*

- e) Probleme bereitet die Umwandlung eines bereits gepfändeten Gemeinschaftskontos. Deshalb ist in der Beratung frühzeitig darauf hinzuwirken, Einzel-Girokonten einzurichten.  
Werden Bar-Unterhalt bzw. Unterhaltsvorschuss überwiesen, dann sollten diese Gutschriften auf einem separaten Kinder-Konto verbucht werden, das in der Regel kostenlos geführt wird.

*Das Kontoführungsentgelt für ein P-Konto ist gesetzlich nicht gedeckelt!*

Dem BT-Rechtsausschuss zufolge darf das Bankgewerbe nur das für ein allgemeines Gehaltskonto übliche Kontoführungsentgelt berechnen (vgl. BT-Drucks. 16/12714, S. 17).

- f) Sozialleistungen sind für die Dauer von **14 Tagen** (bisher 7) vor **Kontokorrent-Verrechnung im Soll** geschützt (§ 850k Abs. 6 ZPO-2010).

*Lohn und andere Gutschriften dürfte die Bank auch in Zukunft unbegrenzt mit dem Sollstand verrechnen. Der RegE (BT-Drucks. 16/7615, S. 19) sah noch vor, den Verrechnungsschutz zu erweitern und wollte insoweit der Forderung des BGH (NJW 2005, 1863 ff. = ZVI 2005, 257 ff.) entsprechen.*

- g) Erfolgt die **Sozialleistungs-Gutschrift** auf einem gepfändeten P-Konto, das **im Guthaben** geführt wird, so besteht ein Auszahlungsanspruch nur noch im Rahmen der Freibeträge, d.h. im Rahmen des automatisch geschützten Sockelfreibetrags, des mittels Bescheinigung(en) aufgestockten Sockelbetrags bzw. des individuell durch das Gericht freigegebenen Betrages.

*Dies stellt eine Schlechterstellung des Schuldnerschutzes im Vergleich zu § 55 SGB I dar.*

- h) **Das P-Konto ist „insolvenzfest“** (vgl. *Büchel* ZInsO 2010, 20 ff.). Trotz Eröffnung des Insolvenzverfahrens bleibt das (höchstpersönliche) P-Konto bestehen; der Schuldner vermag seinen Lebensunterhalt aus dem unpfändbaren Guthaben eigenverantwortlich und ohne Freigabeentscheidung von dritter Seite zu bestreiten. Nur soweit das Guthaben den (aufgestockten) Sockelbetrag überschreitet und nicht auf den Folgemonat übertragen wird, fällt es in die Masse.

**Ein Lastschriftwiderruf** ist dem Treuhänder/Insolvenzverwalter insoweit verwehrt, als er das pfändungsfreie P-Konto-Guthaben betrifft (so dass Wohnung und Energieversorgung gesichert bleiben).

### 3. Übergangsphase mit zwei Schutzsystemen parallel (bis zum 31.12.2011)

Der herkömmliche Kontopfändungsschutz nach § 55 SGB I bzw. § 850I ZPO-2010 (= § 850k ZPOalt) gilt nur noch subsidiär, solange der Kontoinhaber kein P-Konto in Anspruch nimmt.

**Achtung: Ab dem 01.01.2012 gibt es Schuldnerschutz nur noch mit Hilfe eines P-Kontos!**

### 4. Generelle Verbesserungen beim Schuldnerschutz (ab 01.07.2010)

#### a) Verlängerung des Moratorium

Die Sperrfrist ab Zustellung des Kontopfändungs- und Überweisungsbeschlusses (bzw. der Pfändungs- und Überweisungsverfügung) beträgt vier Wochen - statt bisher zwei - (§ 835 Abs. 3 ZPO-2010).

Auf Antrag des Schuldners können Vollstreckungsgericht/Vollstreckungsstelle ergänzend anordnen, dass mit jeder Gutschrift eine neue vierwöchige Sperrfrist beginnt.

*Diese Erneuerung der Sperrfrist mit jeder Kontogutschrift eröffnet das notwendige Zeitfenster, um bestehende Schuldnerschutzmöglichkeiten zum Ende des Kalendermonats hin ohne Druck umsetzen zu können (z.B. bei einmaligen Sozialleistungen die – unangekündigt – gutgeschrieben werden).*

#### b) Verlängerte Auszahlungspflicht bei Sozialleistungsgutschriften

Sämtliche Sozialleistungsgutschriften und das Kindergeld sind künftig auf dem „normalen“ Konto 14 Tage – statt bisher 7 - geschützt (§ 55 SGB I).

#### c) Aufhebung der Kontopfändung und Anordnung der Unpfändbarkeit

Das Vollstreckungsgericht bzw. die Vollstreckungsstelle „kann“ nach § 833a Abs. 2 ZPO-2010 auf Antrag des Schuldners jede einzelne Kontopfändung aufheben (ab 01.07.2010 und nur gültig bis 31.12.2011)

oder

das Vollstreckungsgericht kann die Unpfändbarkeit des Kontoguthabens für maximal 12 Monate anordnen.

Bei Beidem muss der Schuldner nachweisen, „dass dem Konto in den letzten sechs Monaten vor Antragstellung ganz überwiegend nur unpfändbare Beträge gutgeschrieben worden sind“. Zusätzlich muss er bei Beidem glaubhaft machen, „dass auch innerhalb der nächsten zwölf Monate nur ganz überwiegend nicht pfändbare Beträge zu erwarten sind“ (§ 833a Abs. 2 ZPO-2010 => § 850I ZPO-2012).

d) **Schutz sonstiger Einkünfte**

Die Neufassung des § 850i ZPO ermöglicht Schuldnerschutzanträge auch für „sonstige Einkünfte“, so dass sich nicht nur Arbeitseinkommen bzw. das Entgelt für persönlich geleistete Arbeiten oder Dienste vor dem Pfändungszugriff schützen lässt. Mit Zustellung der Pfändung beim Auftraggeber als Drittschuldner wird ein Moratorium von vier Wochen wirksam, das auch die Auskehrung/Hinterlegung „sonstiger Einkünfte“ untersagt, so dass insoweit ein Zeitfenster für die erforderlichen Schuldnerschutzanträge eröffnet ist (§ 850i Abs. 4 ZPO-2010). Dieser Pfändungsschutz an der Quelle lässt sich über § 850k Abs. 4 i.V.m. § 850i ZPO-2010 auf das gepfändete P-Konto übertragen.

*Da der neue Kontopfändungsschutz auf den Kalendermonat abstellt und bei Gutschriften gegen Monatsende ein zeitlicher Spielraum für die Freigabeentscheidung des Vollstreckungsgerichts/der Vollstreckungsstelle benötigt wird, empfiehlt es sich, standardmäßig die Erneuerung der vierwöchigen Auskehrungs-Sperrfrist nach § 835 Abs. 2 S. 2 zweiter Halbsatz ZPO-2010 (Perpetuierung des Moratoriums mit jeder Gutschrift auf dem gepfändeten Konto) zu beantragen.*